

"Die neue Ordnung" in Saarbrücker Zeitung (6. März 1950)

Legende: Am 6. März 1950 zieht die Saarbrücker Zeitung ein positives Fazit der Verhandlungen, die in Paris über die französisch-saarländischen Konventionen stattgefunden haben, und berichtet über die Auswirkungen dieser Abkommen auf das Saargebiet.

Quelle: Saarbrücker Zeitung. 06.03.1950, Nr. 54; 6. Jg. Saarbrücken. "Die neue Ordnung", auteur:Zimmer, Peter , p. 1.

Urheberrecht: (c) Saarbrücker VerlagsService GmbH, alle Rechte vorbehalten.

URL: http://www.cvce.eu/obj/die_neue_ordnung_in_saarbrucker_zeitung_6_marz_1950-de-9acd220b-a4e7-4b93-8d71-d6eb02b548a0.html

Publication date: 02/12/2013

Die neue Ordnung

von Peter Zimmer

Die neugeschaffene Ordnung spricht für einen hohen Grad politischer Reife bei all denen, die verantwortlich dafür zeichnen dürfen. Das gilt in gleicher Weise für die Verantwortlichen auf französischer wie auf saarländischer Seite. Daß die saarländischen Vertreter bis zu den letzten Möglichkeiten um eine für uns günstige Regelung kämpfen würden, war zwar für jeden Eingeweihten selbstverständlich. Daß aber die französischen Vertreter ihnen schließlich so weit nachgeben und folgen würden, wie wir das jetzt an den getroffenen Vereinbarungen feststellen können, hätte man vorher kaum zu glauben gewagt. Das hätte besonders der nicht gewagt, der die zu Anfang der Beratung zur Grundlage für die Verhandlungen vorgelegten Konventionsentwürfe von französischer Seite kannte.

Ein Vergleich dieser ersten Vorlagen mit dem erzielten Ergebnis bestätigt tatsächlich, was schon der Fraktionsführer der SPS, Karl Etienne, am Samstag in der „Volksstimme“ schrieb, daß einzelne dieser ursprünglichen Vorlagen fast in ihr Gegenteil zugunsten des Saarlandes umgekehrt wurden. Darin liegt auch schon das höchste Lob und die beste Anerkennung für die von den saarländischen Vertretern geleistete Arbeit.

Darüber hinaus aber läßt auch gerade diese Tatsache die hohe politische Reife erkennen, mit welcher die französischen Vertreter an die Lösung der Probleme herangingen. Frei von allem national egoistischen Machtstreben sind sie den saarländischen Wünschen soweit gefolgt, als sie glaubten, daß die Wirtschafts-, Währungs- und Zolleinheit zwischen uns und Frankreich keine Störung erleiden könnte. Nichts, aber auch gar nichts als Verwaltungs-, Rechts- und Machtbefugnis, was über die Sicherung der Wirtschaftsgemeinschaft hinausgeht, ist in den Konventionen Frankreich vorbehalten. Wir sind als Staat heute so autonom und souverän, wie es auch in einer kommenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — von der erstrebten europäischen Föderation gar nicht zu sprechen — kein anderer europäischer Staat in höherem Grade sein oder bleiben wird. Alles an diesem neuen Ordnungsverhältnis ist lediglich bestimmt von der zwangsläufigen Auswirkung des letzten Krieges, der die europäische Gesellschaft vor die Aufgabe einer neuen Ordnungsgliederung gestellt hat, zu der auch die Lösung der Saarfrage einen, wenn auch kleinen Ausschnitt darstellt.

Wozu wir uns beglückwünschen dürfen, ist hierbei an erster Stelle die Tatsache, daß der mächtigste Partner zu dieser Lösung nicht auf seine Siegerrechte und nationale Übermacht pochte, sondern sich einzig und allein vom Geiste friedlicher Gemeinschaft und Zusammenarbeit leiten ließ, dem er entschlossen ist, so weit zu folgen, als er glaubt, das im Interesse seiner eigenen Sicherheit tun zu dürfen und tun zu können.

Am klarsten zeigt sich das in der Regelung einer direkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie z. B. in der Eisenbahn- und Grubenverwaltung. Nicht von Pacht und Verpachtung, sondern Interessen- oder gar Treuhandgemeinschaft unter Zuerkennung und Sicherung beiderseitiger Interessen.

Es wird noch interessant sein, gerade das Ordnungsverhältnis für die saarländischen Gruben einmal in Vergleich zu setzen mit dem Kontrollsystem für den rheinisch-westfälischen Bergbau durch die sogenannte Ruhrbehörde der Alliierten. Wir sind überzeugt, daß sich dabei die saarländische Regelung gerade für die Bergarbeiter als die weitaus vorteilhaftere erweisen wird. Es kommt hinzu, daß gerade diese Vereinbarungen über Eigentums-, Betriebs- und Verwaltungsrecht der Eisenbahn und Gruben im Saarland unter Vorbehalt einer späteren Entscheidung durch den Friedensvertrag mit Deutschland getroffen wurden.

Damit ist auch jeder Grund zu kritischer Stellungnahme und Äußerung zu dem ganzen Vertragswerk durch die Deutsche Bundesrepublik entfallen, weil alle anderen Konventionen eigentlich nur eine Anpassung des saarländischen Staats- und Verwaltungsrechts an die sich schon seit 1947 in Kraft befindliche saarländische Verfassung darstellen, deren Anerkennung bereits eindeutig durch die sämtlichen Westalliierten erfolgt ist. Man mochte wünschen, daß man sich in Bonn dieser Einsicht nicht verschließt, weil in dieser Situation ein anderes Verhalten von der ganzen übrigen Welt leicht auf ein gefährliches Ressentiment vergangener Zeiten zurückgeführt werden könnte, was nur Mißtrauen zu zeitigen und die Entwicklung zu einer europäischen

Gemeinschaft zu verzögern vermöchte.

Mit dieser neuen Ordnung fällt aber auch dem Saarland selbst und allen Saarländern eine große Verantwortung und eine hohe Aufgabe zu: Die Verantwortung und die Aufgabe völlig freier demokratischer Selbstverwaltung! In erster Linie sind Regierung und Parlament davon betroffen. Das bequeme Versteckspiel hinter dem stärkeren Bruder, das manchmal von manchen gerne gespielt wurde, wo unbequeme Fragen und Probleme hochkamen, ist endgültig vorbei. Auch in der politischen Diskussion und Propaganda wird nun wieder ja = ja und nein = nein bleiben müssen, wo einer Wert darauf legt, ernst genommen zu werden. Das gilt besonders für alle, die für Regierung und Gesetzgebung verantwortlich sind. Sie stehen heute dem Lande und der Wählerschaft gegenüber im hellen Licht der strahlenden Freiheitssonne auf demokratischer Ebene, ohne jegliche, manchmal vielleicht doch ganz angenehm empfundene Überschattung durch einen nachbarlichen (Hal-)Bergwald. Ein besonderer Vorteil aber wird uns hieraus noch dahingehend erwachsen, daß nun wohl auch die junge Generation leichter den Weg zur Demokratie zu finden vermag als bisher. Gerade von ihr aus wurde oft eingewendet, daß das ganze (die Demokratie bei uns) doch nur ein Theater sei, weil der Regisseur im Schatten (s. o.) ja doch alles dirigiere. Man wird hier bald erkennen, daß man gerade diesbezüglich bisher doch viel zu schwarz urteilte, und die saarländischen Politiker wirklich keine Amme brauchen, wie sie eine solche auch schon bisher viel weniger brauchten oder gar suchten, als manche Mißtrauische zu glauben bereit waren.

Wer noch Zweifel hegte an der Reife und Selbständigkeit unserer führenden Saarpolitiker, dürfte durch das geschaffene Vertragswerk, das sie aus dem Verhandlungsstreit mit den bestgeschulten Vertretern Frankreichs mit nach Hause brachten, eines Besseren belehrt worden sein. Worauf es jetzt ankommt ist, daß sich das ganze Saarland geschlossen hinter seine führenden Politiker stellt, um am Ausbau des neugeschaffenen Hauses mitzuhelfen. Das gilt in erster Linie für unsere junge Generation, die nun beweisen muß, ob sie schon den hohen Wert freier Friedensarbeit erkannt hat, die allein zu Aufstieg, sozialem Wohlstand und hoher Lebenserfüllung zu führen vermag. Mit dem vorliegenden Vertragswerk wurde ein großes Stück solch freier Friedensarbeit geleistet, wie ja auch schon der französische Außenminister Schuman bei Unterzeichnung der Konventionen hervorhob. Solche Feststellung aus dem Munde dieses Mannes ist mehr als eine Phrase. Man darf daraus schließen, daß Schuman der Auffassung ist, daß es sich hier um eine endgültige Regelung handelt, die auch im kommenden Friedensvertrag Bestand behalten wird.

Wie dem aber auch sei, wir an der Saar werden zeigen, daß wir uns selbständig und frei zu regieren wissen und fähig und bereit sind, das Beste für unser kleines Land und seine Bewohner herauszuholen.